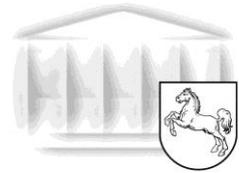


Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -



Mitglieder des Landtages
über
Fraktionen
im Hause

Bearbeitet von: Frau Böhm
Durchwahl: 0511 3030-2094
Mein Zeichen: II/742 - 0103 - 01/06
E-Mail: svenja.boehm@lt.niedersachsen.de*

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom:

Staatskanzlei
MJ

Nachrichtlich:
Mitglieder und stellv. Mitglieder der
Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

(per E-Mail)

5. November 2020

**Hinweise und Empfehlungen der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe
gemäß § 3 Satz 1 der GO Migration**

Die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe hat in ihrer 15. Sitzung am 3. November 2020 den anliegenden Antrag „Umsetzung und Finanzierung des Aktionsplans ‚Wir sind Niedersachsen. Für Zusammenhalt. Gegen Rassismus‘“ als Empfehlung beschlossen.

Im Auftrage

Böhm

An die Vorsitzende
der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe
Frau Petra Tiemann, MdL

Hannover, den 26.10.2020

Antrag zur Umsetzung und Finanzierung des Aktionsplans „Wir sind Niedersachsen Für Zusammenhalt. Gegen Rassismus“

Wir bitten die Kommission auf der Sitzung am 03.11.2020 folgende Empfehlung zu beschließen:

Wir fordern den Niedersächsischen Landtag und die Landesregierung auf, den vom Praxisbeirat des Landespräventionsrats im Rahmen des „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte“ entwickelten und einstimmig beschlossenen Aktionsplan „Wir sind Niedersachsen Für Zusammenhalt. Gegen Rassismus“ umzusetzen und die Finanzierung sicher zu stellen.

Begründung

Die demokratische Gesellschaft und der Rechtsstaat werden zunehmend von antidemokratischen Tendenzen angegriffen, wie die rassistisch und antisemitisch motivierten Hasskampagnen und Straftaten zeigen.

Der Aktionsplan „**Wir sind Niedersachsen Für Zusammenhalt. Gegen Rassismus**“ hat durch die Corona-Krise, in seiner politischen Dimension eher an Bedeutung gewonnen. Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sehen durch die Corona-Krise und dem Lockdown, eine erhöhte Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den demokratischen Grundwerten, daher ist dieser Aktionsplan zur Stärkung des demokratischen Zusammenhalts, gerade in der Corona-Krise notwendig und ein wichtiges Instrument politischen Handelns.

Wir fordern daher die Landesregierung und den Niedersächsischen Landtag auf, sich dafür einzusetzen, dass die Umsetzung und Finanzierung des Aktionsplans sichergestellt wird, da es ein unverzichtbares Mittel und wichtiges Zeichen für den Zusammenhalt und gegen Rassismus bedeutet.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.

Dr. Anwar Hadeed

**Wir fordern die Umsetzung des
Aktionsplans
„Wir sind Niedersachsen. Für Zusammenhalt. Gegen Rassismus!“**

Der Praxisbeirat hat nach den Anschlägen von Hanau und Halle auf seiner Sitzung am 24.02.2020 eine erste Idee eines Aktionsplanes entwickelt, der der Steuerungs-AG am 02.03.2020 vorgestellt wurde. Die Steuerungs-AG konnte sich den Vorstellungen des Praxisbeirates anschließen und hat am 05.05.2020 einstimmig ein ressortübergreifendes Konzept eines Aktionsplans gegen Rassismus verabschiedet.

Der Praxisbeirat fordert nun von der Landesregierung eine politische und finanzielle Unterstützung dieses Aktionsplanes, auch, um ein deutliches politisches Signal gegen Rassismus zu zeigen.

Der Aktionsplan sieht folgende Maßnahmen vor:

Dieser Aktionsplan soll von allen Landesministerien, dem Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei getragen werden. Er umfasst eine Themenkampagne über ein Jahr sowie die Entwicklung von nachhaltigen menschenrechtsorientierten und demokratiestärkenden Maßnahmen im Rahmen eines 5-Jahresplans. Die Zivilgesellschaft soll bei allen Aktivitäten eingebunden werden.

a. Das Themenjahr:

- Auftakt durch MP Weil
- 12 Monate lang nimmt jedes Ressort unabhängig und selbstständig in einem festgelegten Monat an der Kampagne teil.
- **Tag der Niedersachsen 2021.** Gemeinsame Präsentation von Projekten, idealerweise kann der Tag unter das Kampagnenmotto gestellt werden (Absprache mit Stadt Hannover)
- Abschlussveranstaltung (ev. Jahrestagung LP)

b. Jedes Ressort wird dafür mit einem Etat von jährlich 100.000 Euro ausgestattet. (Eigene Pressearbeit, Darstellung eigener bestehender Maßnahmen, Aktionen, Highlights, Geschichten). Gleichzeitig eigene Entwicklung nachhaltiger Projekte für die Zukunftsstrategie/5 Jahresplan.

c. Eine Stabsstelle soll die Umsetzung des Aktionsplans unter aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft koordinieren.

Aufgaben: ressortübergreifende Abstimmung, begleitende Werbe- und Medienkampagne (NDR Themenwoche TV und Hörfunk, Print-

Medienpartnerschaften etc.), fachliche Beratung, Einbindung von Kooperationspartnern und Kommunen.

Die Stabsstelle soll bei der KoST des Landesprogramms eingerichtet werden. Die Stabsstelle ist mit weiteren 500.000 Euro auszustatten, davon ca. 250.000 Euro für Personal (Referent/SB) und Sachkosten sowie weitere 250.000 Euro für die begleitende Medienkampagne.

Gesamtvolumen für das Themenjahr: 1,5 Mio. Euro